

UKRAINISCHE FLÜCHTLINGE IN BULGARIEN

Gefangen in der Falle fehlender Integration

Maria Tscherescheva

April 2022

**FRIEDRICH
EBERT**
STIFTUNG

Bereits zwei Monate nach Beginn der russischen Militärintervention in der Ukraine weiß Adelina Banakieva, eine Freiwillige aus Sofia, die genaue Zahl der Geflüchteten aus der Ukraine nicht mehr zu nennen, für deren Unterkunft und Unterstützung sie schon gesorgt habe. „Derzeit sind es 26 Personen, ohne die Kinder mitzuzählen. Und dazu was weiß ich noch wie viele Katzen und Hunde“, erzählt sie.

Seit Jahren arbeite sie in Bulgarien daran, Kinder mit Behinderung und deren Mütter zu unterstützen. Bei den Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine sähe sie sich mit einigen schlimmen Fällen konfrontiert; darunter Kinder mit Zerebralparese oder mit Epilepsie. Adelina schicke sie ins Ausland, weil es in Bulgarien weder Mechanismen gäbe, um ihnen eine angemessene Behandlung angedeihen zu lassen, noch Möglichkeiten für ihre Eltern, einen Job aufzunehmen. Und dabei könne sie nicht auf die Hilfe der Institutionen zählen. Sie werde jedoch von Spenden, Freiwilligen und Medien unterstützt. „Das Gefühl ist so, als führe man auf der Autobahn, ohne Zeit zu haben, aufs Navi zu schauen oder gar zu wissen, wohin man fährt. So kommt es uns Freiwilligen derzeit vor“, kommentiert Adelina.

In Bulgarien sowie in vielen anderen Ländern waren es ausgerechnet die Freiwilligen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die als erste den beispiellosen Zustrom von Geflüchteten empfingen, der durch den Krieg in der Ukraine verursacht wurde. Blitzschnell organisierten sich die bulgarischen Bürger und Bürgerinnen, öffneten ihre Häuser für die Ukrainerinnen und Ukrainer und begannen, sie sowohl von den Landesgrenzen als auch aus den ukrainischen Grenzgebieten ins Landesinnere Bulgariens zu transportieren. Mit Hilfe von Unternehmen und dem Nichtregierungssektor übernahmen sie die Bereitstellung humanitärer und psychologischer Unterstützung, Kinderbetreuung, Kultur- und Unterhaltungsaktivitäten, um zumindest ein wenig Normalität in den neuen Alltag der vorübergehenden Asylsuchenden zu bringen. Obwohl dies in den ersten Tagen der Krise angesichts der größeren Flexibilität und Anpassungsfähigkeit des zivil-

gesellschaftlichen Sektors als ganz normal angesehen werden konnte, so bemerkt man im zweiten Monat seit Beginn der militärischen Aktivitäten unter den Freiwilligen die Erschöpfung und die Unzufriedenheit mit der schwerfälligen Reaktion der Institutionen.

“WIR STEHEN VOR EINER HUMANITÄREN KATASTROPHE“

Nach Angaben des Ministerrats, die auf dem offiziellen Regierungsportal zur Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge veröffentlicht wurden, hatten bis zum 18. April fast 195.000 ukrainische Bürger und Bürgerinnen die Landesgrenzen überschritten. Gute 91.000, darunter 35.000 Kinder, entschieden sich zu bleiben. Die veröffentlichten Daten zeigen auch, dass im Rahmen des Programms für den Einsatz humanitärer Hilfe für Vertriebene aus der Ukraine, das Mitte März in Kraft getreten war, mehr als 50.000 ukrainische Staatsbürger und -bürgerinnen in Hotels oder staatlichen und lokalen Regierungsgebäuden untergebracht sind. Somit sind über ein Drittel des Flüchtlingsstroms aus der Ukraine von der bulgarischen Zivilgesellschaft und von Privatpersonen übernommen worden.

Das Programm gilt bis Ende Mai. Derzeit plant die Regierung keine Verlängerung. Das Programm stellt den Unterbringungseinrichtungen 40 BGN (ca. 20 EUR) pro Tag und Flüchtling für Unterkunft und Verpflegung zur Verfügung. Das Programm wurde von Anfang an kritisiert, weil es nur Unternehmen und staatliches Eigentum als Empfänger finanzieller Unterstützung legitimiert. Einerseits geht dies auf Kosten der Freiwilligen, die die Bedürfnisse von Geflüchteten aus ihrem eigenen Budget decken und andererseits ist das Programm im Hinblick auf die nahende touristische Sommersaison nicht nachhaltig.

Die meisten Ukrainerinnen und Ukrainer sind aufgrund der vielen Betten in Hotels an der Schwarzmeerküste untergebracht. Viele waren schon als Touristen an einem der bulgarischen Badeorte gewesen und setzen daher

lieber auf Vertrautes. Nicht unwesentlich ist, dass es in den Regionen von Varna und Burgas bedeutende russisch- und ukrainischsprachige Gemeinschaften gibt, die Neuankömmlinge bereitwillig unterstützen. Dies führt jedoch zu einem übermäßigen Anstieg der Zahl der Menschen, die in Küstenstädten und Ferienorten leben. Dadurch wird es unmöglich, den Zehntausenden von Müttern mit Kindern die Gesundheits-, Sozial- und Bildungsdienste anzubieten, die sie benötigen.

„Wir stehen vor einer humanitären Katastrophe. Die Touristensaison beginnt Ende Mai und das Unterkunftsprogramm läuft aus. Die Regierung erwägt, diese Menschen in Winterresorts umzusiedeln. Ist es das, was wir mit diesen Menschen machen werden? Sie zum Meer oder zum Skifahren verfrachten und dabei alle sechs Monate umsiedeln lassen? Da sind traumatisierte Kinder dabei. Menschen, die nicht wissen, was sie tun sollen, wohin sie gehen sollen. Menschen mit vielen unterschiedlichen Bedürfnissen“, kommentiert Diana Dimova, Gründerin und Vorsitzende von „Mission Wings“ - einer Stiftung aus Stara Zagora. Die Organisation unterstütze die am stärksten gefährdeten Gruppen in der bulgarischen Gesellschaft – Opfer von Gewalt, Geflüchtete, Migranten und Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht seien.

Das Kabinett hat noch keine Pläne bekannt gegeben, wie und wohin es beabsichtigt, die mehr als 50.000 Menschen, die derzeit entlang der Schwarzmeerküste untergebracht sind, umzusiedeln. Laut Krassimira Velichkova, Beraterin der stellvertretenden Premierministerin Kalina Konstantinova, werden derzeit Daten über die verfügbaren Plätze in den Urlaubskomplexen staatlicher Unternehmen und Gesellschaften gesammelt, zu denen Geflüchtete aus der Ukraine umgeleitet würden.

Der Bund unabhängiger Gewerkschaften in Bulgarien (Confederation of Independent Trade Unions of Bulgaria - CITUB), bei dem die Regierung ebenfalls um Unterkunft gebeten hat, warnt jedoch davor, dass beispielsweise Ferienanlagen der Gewerkschaften in den 1990er Jahren verstaatlicht und an Privatpersonen verkauft worden wären. Andere Regierungsbehörden weigern sich offen, Flüchtlinge auf Kosten ihrer Arbeiter zu beherbergen. „Die Urlaubsanlagen wurden eingerichtet, damit ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen Urlaub zu erschwinglichen Preisen machen können. Daher ist die Zurückhaltung einiger, an den Programmen teilzunehmen, verständlich“, sagte Atanaska Todorova, Chefexpertin für Arbeitsmarkt, Migration und Mobilität bei CITUB.

Laut Diana Dimova von „Mission Wings“ müsse der bulgarische Staat bereits frühzeitig, beginnend mit den Flüchtlingszügen aus Bukarest, ein striktes System einführen, um ankommende Menschen den Gemeinden je nach vorhandener Kapazität zuzuweisen. Dies ist der Fall in Stara Zagora, wo derzeit 65 Sozialwohnungen für Flüchtlingsfamilien repariert und ausgestattet werden. Zwei Gemeindebeamte wurden ernannt, um die Prozes-

se zu koordinieren. Es gibt zudem ein separates Budget, um die Schwächsten mit Nahrung zu versorgen. „Da, wo es Nichtregierungsorganisationen und ukrainische Gemeinschaften gibt, müssen die lokalen Strukturen angepasst werden. Wenn ich hier einfach sitze und warte, wird nichts geschehen. Ich beharre bis aufs Äußerste, damit Dinge passieren“, meint Dimova.

Sie erklärte auch, dass die unkontrollierte Unterbringung von Geflüchteten, im häufigsten Fall Mütter mit Kindern, in Privathäusern und privaten Immobilien andere Risiken bringe, wie z. B. Menschenhandel, sexuelle Ausbeutung und Arbeitsausbeutung sowie Obdachlosigkeit. Sie selbst habe seit Beginn der Krise viele ähnliche Fälle erlebt und ukrainischen Frauen geholfen, in betreuten Wohnungen untergebracht zu werden.

FEHLENDE INTEGRATION

Die Idee von der Schlüsselrolle der Gemeinden bei der erfolgreichen Aufnahme und Integration von Asylsuchenden in Bulgarien ist an sich nicht neu. Sie trat während der Flüchtlingskrise als Folge des syrischen Bürgerkriegs, der 2013 begann, zu Tage, wobei jene Krise sich als unvergleichlich kleiner als die heutige erwies. Diese Idee löste jedoch eine Welle fremden- und einwanderungsfeindlicher Stimmungen in der Gesellschaft aus, die noch weiter angeheizt wurden von den damals führenden nationalistischen Organisationen *IMRO – Bulgarische Nationale Bewegung* und *Nationale Front für die Rettung Bulgariens*, die heutzutage die Führungsposition an die Partei Vazrazhdane (Wiedergeburt) von Kostadin Kostadinov abtreten.

Die einwanderungsfeindliche Rhetorik verließ jedoch schnell die extreme Rechte und trat in den politischen Mainstream ein, wodurch alle Versuche, eine Integrationspolitik zu verfolgen, zum Scheitern verurteilt waren. Neben den Flirts des damaligen Premierministers Boyko Borissov aus der Mitte-Rechts-Partei GERB mit den Nationalisten, die 2017 mit einem offiziellen Koalitionskabinett gekrönt wurden, zögerte Präsident Rumen Radev auch nicht, die Stimmung gegen Migranten und Migrantinnen aus dem Nahen Osten zu nutzen, um politische Dividenden zu ernten. Im Mittelpunkt seiner Kampagne für die Präsidentschaftswahlen 2016 stand seine heftige Opposition gegen das von der damaligen Borissov-Regierung vorgeschlagene Dekret zur Einsiedlung von Flüchtlingen in Gemeinden, denen Budgets und Befugnisse zur Integration in lokalen Gemeinschaften übertragen werden sollten.

In der Praxis verhinderten dadurch sowohl linke als auch rechte Politikerinnen und Politiker die Umsetzung einer angemessenen Integrationspolitik in Bulgarien. Im Jahr 2021 verabschiedete das 3. Kabinett Borissov eine neue *Nationale Migrationsstrategie* (2021-2025). Bemerkenswert ist, dass der alte Titel *Nationale Strategie zu Migration, Asyl und Integration* (2015-2020) lautete und dass

im Namen der neuen Strategie die Worte „Asyl“ und „Integration“ nicht vorkommen. In Wirklichkeit jedoch hat keine der beiden Strategien je eine Wirkung gehabt, da über keine zugehörigen Aktionspläne und Finanzrahmen abgestimmt wurde. Das Ergebnis sei laut einem in der *Asylum Information Database* (AIDA) veröffentlichten Bericht das achte „Nulljahr“ für die Integration im Land.

Die neue Koalitionsregierung Kiril Petkovs, des Leiters der Partei „Wir setzen den Wandel fort“ (kurz PP), geriet in furchtbares Chaos, als er den Willen der Bulgarinnen und Bulgaren, die bedürftigen Ukrainerinnen und Ukrainer als „unsere Brüder und Schwestern“ zu empfangen, mit folgenden Worten zum Ausdruck brachte: „Das sind Europäer; intelligente, gebildete Menschen. Wir, wie alle anderen, sind bereit, sie zu empfangen. Das ist nicht die übliche Flüchtlingswelle von Menschen mit ungewissem Hintergrund“, hatte Petkov im März in Brüssel gesagt und damit eine Welle der Empörung und der Rassismusvorwürfe ausgelöst.

„WIR HABEN KEINE POLITIK, FÜR GAR NICHTS“

Europäer oder nicht, die vor dem Krieg in der Ukraine Fliehenden gerieten in dieselbe populistische Falle wie diejenigen, die von den Ereignissen in Syrien und Afghanistan betroffen waren. Die neue Regierung sieht sich einer Situation ausgesetzt, in der sie eine Flüchtlingspolitik aus dem Nichts neu aufzubauen muss. „Wir befinden uns nicht nur in einer Notsituation, die für jeden schwer zu bewältigen wäre. Es liegt auch nicht daran, dass die Systeme nicht funktionieren. Es liegt daran, dass wir oft auf brutalen Widerstand stoßen“, räumt Krassimira Velichkova ein.

Sie erklärte auch, dass die Regierung derzeit an drastischen Gesetzesänderungen in verschiedenen Bereichen arbeite, um ein möglichst vereinfachtes Verfahren für ukrainische Flüchtlinge zu gewährleisten, damit diese „wieder auf die Beine kommen“ und soziale Unterstützung und Gesundheitsrechte erhielten, da sie derzeit nur Zugang zu Krankenhausbehandlung hätten. „Institutionen sind langsame Maschinen. Es braucht seine Zeit, alles niederzuschreiben“, sagte sie.

Trotz der positiveren Einstellung gegenüber den Geflüchteten vor der russischen Aggression unterscheidet sich der Umgang mit ihnen in sozialer Hinsicht nicht wesentlich von demjenigen mit dem Menschen, die vor Konflikten im Nahen Osten und in Nordafrika fliehen, sich konfrontiert sehen. Empfänger von vorübergehendem Schutz haben Zugang zu einer einmaligen finanziellen Unterstützung der Sozialhilfeagentur in Höhe von bis zu 375 BGN (ca. 185 EUR). Auf diese warten sie aber etwa zwei Monate.

Die Regierung gewährt ihnen keine andere Form der finanziellen Unterstützung, da sie erwartet, dass sie so schnell wie möglich in den Arbeitsmarkt eintreten. Laut dem Minister für Innovation und Wachstum, Daniel Lorer, hätten Arbeitgeber 150.000 offene Stellen für Ukrainer in

den Sektoren IT, Transport, Tourismus und anderen ausgeschrieben. Ob die überwiegend jungen Mütter mit mehreren Kindern und ältere Asylsuchende auf dieses Profil passen, ist jedoch fraglich. Unklar ist auch, wie angesichts des selbst für bulgarische Familien bestehenden Mangels an Plätzen in städtischen Kinderkrippen und -gärten die Frage der Kinderbetreuung für die tausenden ukrainischen Kinder geregelt werden soll, damit ihre Mütter arbeiten können. Auch der Zugang zu Bildung ist aufgrund von Problemen mit den Impfausweisen ukrainischer Kinder und der Sprachbarriere eine Herausforderung. Das Ministerium für Bildung und Wissenschaft hat bereits angekündigt, dass das Bildungssystem bis zu 60.000 Kinder aufnehmen könne. Die Frage bleibt unbeantwortet, was getan werden wird, wenn in den nächsten Monaten mehrere hunderttausend Menschen nach Bulgarien kommen. „Wir haben keine Politik für sie. Wir haben für gar nichts eine Politik“, so Adelina Banakieva.

Laut Atanaska Todorova von CITUB läge das Hauptproblem für eine schnelle Integration von Ukrainerinnen und Ukrainern, die sofort in den Arbeitsmarkt einsteigen wollten, an fehlenden Informationen darüber, wo die freien, weithin ausgeschrieben hunderttausend Arbeitsstellen angeboten würden. Für sie sei die Vielzahl der von Arbeitgebern ausgeschrieben Stellen überhöht. So wären beispielsweise in der Textilbranche 15.000 Stellenangebote ausgeschrieben worden, aber es sei unklar, wo sie seien und welche Arbeitnehmer derzeit einstellten.

„Seit zwei Tagen suchen wir in Veliko Tarnovo nach einem Job für zwei Schneiderinnen, Technologen-Schneiderinnen wohl gemerkt, die Dokumente als Nachweis dafür haben, dass sie mit Maschinen mit spezifischer Software arbeiten können und auf diesem Gebiet praktisch Wunder wirken können. Wir schaffen es nicht, in diesem Wirtschaftszweig Arbeit für zwei Personen zu finden, aber gleichzeitig wissen wir, dass 15.000 Menschen gesucht werden. Wo diese Arbeitsstellen sind, das kann uns niemand beantworten“, erklärt sie. „Wir können sagen, dass von den 83.000, die im Land geblieben sind, etwa 1.000 Menschen eine Arbeit aufgenommen haben (das Interview wurde am 13. April geführt – Anmerkung des Autors). Das ist ein sehr geringer Prozentsatz, angesichts der Tatsache, dass sie die Möglichkeit haben, legal zu arbeiten und sind somit im Vergleich zu anderen Flüchtlingen privilegiert“, ergänzt Atanaska Todorova.

Auch beim Gehalt selbst zeichne sich ein Problem ab, denn laut der Gewerkschafterin würden die meisten Jobs zum Mindestlohn angeboten. Dies bedeute, dass Geflüchtete, in der Regel Frauen mit einem oder mehreren Kindern, mit 710 BGN (ca. 350 EUR) pro Monat ihre Miete bezahlen und ihre Familien ernähren müssten.

Todorova empfiehlt den Institutionen erstens, das Arbeitsförderungsgesetz dahingehend zu ändern, dass Personen unter vorübergehendem Schutz den gleichen Zugang zu Beschäftigungsmaßnahmen wie bulgarische Staatsbürgerinnen und -bürger bekommen. Derzeit ent-

hält das Gesetz nur Hypothesen zur Einstellung von Drittstaatsangehörigen mit humanitärem oder Flüchtlingsstatus. Arbeitgeber rechtfertigen die Nichteinstellung von Personen mit vorübergehendem Schutz damit, dass sie keine sechsmonatige Subvention erhalten könnten. Zweitens führen die Gewerkschaften und die Arbeitsagentur bereits Informationskampagnen zu Arbeitnehmerrechten in Bulgarien durch. Nicht zuletzt brauchen Geflüchtete aus der Ukraine Sprachkurse. Im Mai wird CITUB drei Kurse auf A1-Niveau für Ukrainerinnen und Ukrainer testen und möglicherweise auch für A2 anbieten.

„Was die Regierung bisher macht, ist gut, aber gewissermaßen unfair gegenüber anderen Flüchtlingen. Indem wir Unterkunft und Nahrung zur Verfügung stellen, erwecken wir den Eindruck, dass dies für immer ausgelegt sei. Es ist aber vorübergehend. Ab einem gewissen Punkt müssen sie sich auf sich selbst verlassen“, schließt Todorova.

DIE VERÄNDERUNG IST SCHWIERIG, ABER NOTWENDIG

Adelina Banakieva ist überzeugt, dass die Freiwilligen bereits am Ende ihrer Kräfte und Fähigkeiten seien und dass es höchste Zeit sei, dass der Staat seine Rolle übernehme. „Was gezeigt wird, ist, dass wir uns nicht um diese Menschen kümmern können. Wir sind auf freiwillige Helfer und Helferinnen angewiesen und danken ihnen sehr. Ich will nicht, dass man sich bei mir bedankt. Ich will davon befreit werden. Ich habe meinen Job, meine Familie und mein Kind, das noch minderjährig ist, vernachlässigt, um die Arbeit des Staates zu tun!“, betont sie.

Diana Dimova ist ebenfalls der Meinung, dass derzeit etwa 75 Prozent der Last um die Aufnahme und Betreuung von Geflüchteten aus der Ukraine von Privatpersonen und Freiwilligen getragen werde. „Institutionen können nicht einfach mit den Schultern zucken und sagen: Ich weiß nichts. Geht damit um, wie ihr es vermögt! Ich sehe das überall, im ganzen Land“, teilt sie mit.

Trotz des Stresses und der Enttäuschung über die schwache institutionelle Reaktion sei sie jedoch optimistisch, dass die aktuelle Krise zu einer qualitativen Veränderung für alle Flüchtlinge und Migranten in Bulgarien führen könne. „Ich habe mich sehr über all die kleinen Schlachten geärgert, die wir für die ‚bösen Flüchtlinge‘ aus dem Süden nicht gewinnen konnten. Aber irgendwann habe ich meine Meinung geändert und mir gesagt, dass diese Situation sehr bequem ist. (...). Es gibt kaum eine bessere Chance, die Politik zu ändern, um die Situation für alle Menschen zu ändern“, sagte sie überzeugt.

Die staatliche Flüchtlingsberaterin Krassimira Velichkova bestreitet nicht, dass der Staat bei der Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge nicht die gewünschten Ergebnisse erzielt habe. Gleichzeitig würdigt sie als Errungenschaft, dass 80 Prozent der im Land untergebrachten ukrainischen Bürger und Bürgerinnen bereits vorübergehenden

Schutz genießen – ein ziemlich hoher Prozentsatz verglichen mit der EU insgesamt. Zu Beginn der Ukraine Krise habe es fünf verfügbare Zentren der Staatlichen Agentur für Flüchtlinge gegeben. Derzeit würden bereits an 175 Stellen im Land Dokumente bearbeitet. Für sie war die Entscheidung, ukrainische Familien zunächst in Ferienhotels unterzubringen, die richtige, denn die andere Alternative seien Zeltlager gewesen. Ein solches Szenario sei nach wie vor nicht ausgeschlossen, falls die Zahl der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine sich verdopple.

„Auch der Zustrom über die Südgrenze nimmt zu. Wir tun Gutes für die Ukrainer, aber müssen diese Situation gleichzeitig nutzen, um auch für Menschen aus anderen Drittstaaten etwas zu bewegen“, so Velichkova.

Friedrich-Ebert-Stiftung | Büro Bulgarien
Knyaz Boris I Str. 97 | 1000 Sofia | Bulgarien

Verantwortlich:
Jacques Paparo | Projektleiter, FES-Bulgarien
Tel.: +359 2 980 8747 | Fax: +359 2 980 2438
Englische Übersetzung: Keneward Hill
bulgaria.fes.de

Kontakt:
office@fes.bg

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.